

Zeitschrift "Behinderung und Dritte Welt", Ausgabe 1/92

INHALT

EDITORIAL

BERICHTE UND PROJEKTE

Erfahrungen im Aufbau von Schulen für Geistigbehinderte in Togo (Kniel)

Zur Entwicklungshilfe der ehemaligen DDR für Menschen mit Behinderungen aus Ländern der Dritten Welt (Vespermann)

Bericht über die regionale Tagung zur Analyse der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Zentralamerika und Panama (Schmidtke)

New Horizons in Caring and Sharing (Freyhoff)

Sprachentwicklungsförderung in der Vorschulerziehung (Adam)

ORGANISATIONEN

Leitlinien für Internationale Hilfen der Bundesvereinigung Lebenshilfe verabschiedet

NEWS

Entwicklungspraxis-Seminare der Christoffel-Blindenmission

Rehabilitation International: Auf dem Weltkongreß in Kenia werden die Dritte Welt Prioritäten für die 90er Jahre formuliert

Bemühungen um eine Koordination der Kontakte zwischen Organisationen für geistig Behinderte in Ost- und West-Europa

Oldenburger Symposium "Behinderung und Dritte Welt" vom 27.-29.3.1992

PRESSESPIEGEL

Bilanz der sozialen Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum negativ (epi)

Demokratie allein bringt noch keinen Wohlstand (FR)

LITERATUR UND MEDIEN

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

weltweit finden jährlich Dutzende von internationalen Konferenzen und Treffen statt, die sich mit der Situation von und der Hilfe für Menschen mit Behinderungen in Ländern der Dritten Welt beschäftigen. Der Rundbrief "Behinderung und Dritte Welt" versucht, die wichtigsten anzukündigen und über die Ergebnisse zu berichten. So

finden sich beispielsweise in diesem Heft Berichte über Konferenzen in Karachi/Pakistan und San José/Costa Rica.

Bei vielen dieser Veranstaltungen bleibt jedoch fraglich, was sie konkret zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen beitragen und wie realistisch die Vorstellungen sind, die dort entwickelt werden. Oft dominieren bei diesen Tagungen westliche Fachleute, die jeweils das an die Teilnehmer herantragen, was in dem jeweiligen Heimatland gerade Tagesthema ist - oder aber das, was sie, die westlichen Experten, für relevant für die Länder der Dritten Welt halten.

Eine andere Form von Veranstaltung sind regionale Treffen, die sich gezielt mit der Hilfe für Menschen mit Behinderungen in einer Region, auf einem Kontinent, beschäftigen. Wie die beiden Tagungsberichte dieses Heftes zeigen, ist die praktische Relevanz der offiziellen Ergebnisse auch hier teilweise zweifelhaft. Sie fungieren jedoch als wichtiges Forum, in dem sich Fachleute aus Ländern treffen, die ähnlich gelagerte Probleme haben. So können regionale "Erfahrungsressourcen" ausgetauscht, eventuell sogar gegenseitige Besuche und Aktivitäten vereinbart werden. Diese Regionalisierung, der "Süd-Süd-Austausch" von Wissen und Erfahrungen sollte unseres Erachtens ein bestimmendes Element für Aktivitäten im Bereich Behinderung und Dritte Welt in den 90'er Jahren sein.

Adrian Kniel berichtet in seinem Beitrag aus Togo von einer Veranstaltung, bei der gezielt Praktiker der Behindertenhilfe aus Togo und den umliegenden Staaten eingeladen waren. Diese Veranstaltungsform hat sicherlich den größten praktischen Nutzen für die tägliche Arbeit in Einrichtungen und Dienstleistungssystemen. Sie ermöglicht einen Austausch über selbstentwickelte praxisrelevante Problemlösungsstrategien und kann zur Überwindung der oft zu findenden fachlichen Isolierung beitragen.

Wir meinen, daß die meisten Veranstaltungen im Themenkreis der Hilfe für Menschen mit Behinderungen in Ländern der Dritten Welt potentiell auch zur Verbesserung der Situation beitragen können - besonders dann, wenn man sich nicht auf den Austausch von Fachreferaten beschränkt, sondern sich aktiv und offen um wirkliche Begegnungen bemüht.

In diesem Sinne wünschen wir den Leserinnen und Lesern viel Vergnügen bei der Lektüre des Rundbriefs.

Die Redaktionsgruppe

BERICHTE UND PROJEKTE

Erfahrungen im Aufbau von Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung in Togo

Adrian Kniel

Togo, die ehemalige deutsche Kolonie in Westafrika, ist ein kleines Land mit etwa der Fläche Belgiens und erstreckt sich als schmaler Streifen mit 50-80 km Breite von der Atlantikküste, nahe dem Äquator, rund 550 km nach Norden. Offizielle Landessprache ist Französisch, wobei in Togo neben den beiden Hauptsprachen Ewe im Süden und Kabije im Norden noch rund 30 andere Sprachen gesprochen werden, die so verschieden sind wie Deutsch und Italienisch.

Togo hat rund 3,5 Mio. Einwohner mit etwa 400 000 Einwohnern in der Hauptstadt Lomé. Die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt (in Deutschland nur 15 %), und auf einen Arzt kommen 18 100 Einwohner (in Deutschland 420). Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist in Deutschland 56 mal so hoch wie in Schwarzafrika (18 530 vs. 33 US \$), wodurch Togo auch nach der Definition der UNO zur Gruppe der "Least Developed Countries" zählt.

Infolge dieser wirtschaftlichen und demographischen Bedingungen sind Grundschulklassen mit 100 Schülern keine Seltenheit und bereits nach der ersten Grundschulklasse werden nur 51 % aller Schüler in die zweite Klasse versetzt, während 40 % die Klasse wiederholen und 9 % die Schule ganz verlassen. Nur 63 % aller 6 bis 14 Jährigen besuchen eine Schule und in den ländlichen Gebieten (80 % der Bevölkerung lebt auf dem Land) ist dieser Prozentsatz noch niedriger. Die Weltmarktpreise für die Hauptexportgüter Togos (Phosphat, Baumwolle, Kaffee, Kakao) sind stetig gefallen, die Arbeitslosigkeit ist hoch und es ist keine Seltenheit, daß ein Arbeitender neben seinen unmittelbaren Familienmitgliedern noch zahlreiche andere Verwandte miternährt.

1. Ausgangssituation

Trotz der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten des Landes hat sich, initiiert von der Gattin eines hohen UNO-Funktionärs, 1986 der "Verein zur Förderung geistig behinderter Kinder" (Association pour la promotion de l'enfance handicapée mentale) mit Eltern aus der Ober- und Mittelschicht, mit dem Ziel gegründet, ein "Institut medico-psychopédagogique" nach französischem Vorbild aufzubauen.

Bei meiner Ankunft im Oktober 1987 war die Finanzierung des Projektes durch die Christoffel-Blindenmission und den Deutschen Caritasverband gesichert, ein Haus am Stadtrand gemietet und der Schulleiter und eine Sekretärin eingestellt.

Entsprechend der sozialen Herkunft der Vorstandsmitglieder war das unausgesprochene Ziel des Projekts zunächst, die eigenen Kinder auf einem "europäischen" Niveau zu versorgen, wenn dies auch den Vorstellungen der europäischen Geldgeber nicht entsprach, die vor allem eine angemessene schulische Grundversorgung benachteiligter Kinder anstrebten. Kennzeichnend für diese Träume von europäischen Standards war die Aufforderung an mich, einen tropentauglichen Flügel aus Europa für die Schule mitzubringen, damit den Kindern von einem Gymnasialprofessor für Musik vorgespielt werden könne. In diesem Zusammenhang war auch eine sehr langsame Ausweitung der Schülerzahl vorgesehen - 20 Kinder nach zwei Jahren - um die Qualitätsstandards und die privilegierte Stellung der ersten Schülergeneration zu halten.

2. Erste Schritte: Studentafeln und Ausbildung des Personals

Im francophonen Westafrika existieren keine Ausbildungsstätten für Sonderpädagogen, so daß es nur wenige, meist in Frankreich ausgebildete Kräfte gibt. Diese haben jedoch hohe Erwartungen an den finanziellen und hierarchischen Stellenwert ihrer Tätigkeit und steigen entweder gleich in Leitungsfunktionen ein oder werden Dozenten an Ausbildungsstätten, ohne jemals praktisch tätig gewesen zu sein.

Aus einer größeren Zahl von Bewerbern wurden ein Grundschullehrer mit 15 jähriger Grundschulerfahrung, eine ebenso erfahrene Kindergärtnerin sowie ein Sozialpädagoge mit Schwerpunkt Behindertenarbeit mit Studium im Senegal in die engere Wahl gezogen. Da ich die geistig behinderten Kinder, die in der Nähe der Schule wohnten, bereits regelmäßig zur Schule zum Spielen eingeladen hatte, konnte ich jeden der genannten im Umgang mit den Kindern beobachten sowie drei Frauen, die einen natürlichen, unkomplizierten Zugang zu den Kinder hatten, als "Helferinnen" auswählen.

In nur einer Woche, vor der Eröffnung der Schule am 4. November, wurde gemeinsam ein Tages- und Wochenprogramm erarbeitet, das auch in den späteren Jahren den Grundstock für alle Aktivitäten bildete. Der Zeitrahmen sah folgendermaßen aus: Ab 7.30 Uhr Empfang der Kinder, gemeinsames Gebet und Fahnenaufzug mit Singen der Nationalhymne, da dies zum togoischen Alltag gehört. Da das Spektrum der religiösen Zugehörigkeit der Schüler von Christen verschiedener Konfessionen bis zu Muslims und Animisten reichte, war es jedem Schüler freigestellt, an dem morgendlichen "Besinnungs- und Sammlungsmoment" in einer der Familie üblichen Weise teilzunehmen. Ab 8.30 Uhr wechselten sich dann halb- oder dreiviertelstündige Einheiten von Einzel- und Gruppenaktivitäten bis zur großen Pause um 9.30 Uhr bzw. zur Mittagspause ab. Auf der Basis des von mir ins Französische übersetzten HeidelbergerKompetenz-Inventars wurde für jeden Schüler ein individuelles Programm erstellt, das während der Einzelarbeit (für je 8 Schüler stand ein Lehrer und eine Helferin zur Verfügung) eingeübt wurde. Die Gruppenaktivitäten bestanden aus klassenübergreifenden Lernspielen, Sportspielen, Tanz sowie traditionellen Erzählungen, die in Afrika zur Vermittlung eines moralischen Weltbildes dienen.

Ab 11.30 Uhr ging dann ein Teil der Kinder wie alle togoischen Schüler nach Hause, mit den anderen wurde das Mittagessen vorbereitet, das in der Gruppe eingenommen wurde. Anschließend wurde das Geschirr abgewaschen und die Kinder legten sich auf Schlafmatten, um die in Togo übliche "Sieste" abzuhalten. Während die anderen Kinder ab 14.30 Uhr zurückkehrten, duschten die Kinder, kämmten sich die Haare und säuberten Kleidung und Fingernägel und ab 15 bis 17 Uhr wurden dann handwerkliche Aktivitäten (Korbflechten, Besenbinden, Batik, später auch Gartenbau und Kleintierhaltung) angeboten. Hervorzuheben ist, daß diese Fertigkeiten allgemein noch im Alltag gebraucht werden, d.h. als Besen werden überall aus Kokospalmenrispen gebundene Wedel benutzt, geflochtene Körbe sind noch nicht von Plastiktüten verdrängt worden usw.

Die Schüler wurden dann zwischen 17.00 und 18.30 Uhr abgeholt, so daß zumindest für die Gruppe, die Aufsicht hatte, ein 12 Stundendienst keine Seltenheit war.

Für alle gruppenübergreifenden Aktivitäten wurden Wochenteams eingeteilt, die für Gruppenspiele, handwerkliche Aktivitäten, Empfang und Verabschiedung der Kinder morgens und abends und Pausenaufsicht verantwortlich waren und die sich entsprechende Wochenpläne erarbeiteten. Durch die immer unterschiedliche Zusammensetzung dieser Teams entwickelte sich ein Ideenaustausch (Grundschullehrer, Kindergärtnerin, Sozialpädagoge, europäischer Sonderschullehrer, Helferinnen mit afrikanischer Alltagskompetenz) sowie ein gegenseitiges Kennenlernen und Zusammengehörigkeitsgefühl.

Einmal in der Woche wurden im Team die Ereignisse der Woche besprochen, Einzelfälle analysiert und Wochenpläne erarbeitet. Gemeinsame Unterrichtsreihen (z.B. über "Kleidung") wurden exemplarisch von der Lernzielformulierung bis zu den einzelnen methodischen Schritten zusammen erarbeitet.

3. Einpassung der Schule in lokale Strukturen und Dezentralisierung

Bereits nach dem ersten Monat stellte sich heraus, daß das Einhalten des üblichen togoischen Schultagesrhythmus von vormittags 4 und nachmittags 2 Zeitstunden mit langer Mittagspause weder den Bedürfnissen der Eltern und Schüler entsprach, noch auf Dauer von den Pädagogen aufrechterhalten werden konnte. Alle Hinweise auf die Ermüdungskurve der Kinder, auf die hohen Transportkosten für die Eltern (vier Fahrten am Tag, wenn die Kinder nicht einfach während der Mittagspause in der Schule "vergessen" wurden) und die Überforderung des Personals stießen beim Vorstand (diese Eltern verfügten ja über Chauffeur und Auto) auf taube Ohren. Erst nachdem die schriftliche Zustimmung aller Eltern zu einem durchgehenden Schultag von 7.30 bis 15.00 Uhr eingeholt worden war, mußte der Vorstand nachgeben und den "journée continue" einführen. Gleichzeitig wurde - wiederum gegen den Widerstand des Vorstandes, der sich eher eine "europäische" Küche bzw. die Versorgung durch ein Restaurant gedacht hatte - eine eigene Küche eingerichtet, in der auf togoische Art auf einem Holzkohlenherd einheimische Gerichte für das gemeinsame Mittagessen gekocht wurden. Dies bot zudem die Möglichkeit,

die Kinder abwechselnd in der Küche einzusetzen und vor allem älteren Mädchen Grundkenntnisse zu vermitteln. Wir folgten dabei bewußt traditionellen Rollenvorstellungen, da ein Verbleiben im Familienverband davon abhängt, ob traditionellen Rollenerwartungen entsprochen wird. Ähnlich sind "Anpassungsrituale" wie Singen der Nationalhymne, gemeinsames Gebet, Einüben von - in Afrika sehr langen und komplizierten- Begrüßungsfloskeln zu bewerten.

Schließlich wurde noch auf einem Nachbargrundstück mit freundlicher Genehmigung des Besitzers ein Garten angelegt (Mais, Maniok, Gombo, Pfefferschoten) und ein Hühnerstall eingerichtet, da auch in der Stadt für die meisten Kinder die Möglichkeit für diese Betätigung besteht. Da die Eier immer wieder gestohlen wurden, haben wir später auf Hasenzucht umgestellt, weil die Käfige besser zu verschließen sind.

Sehr rasch stellte sich heraus, daß eine zentrale Schule mit erheblichen Transportwegen und -kosten es nur einer Minderheit der Eltern erlaubte, ihre Kinder zu schicken. Da nur wenige Eltern geistig Behinderter bei einer Vielzahl weiterer Kindern bereit sind, in die "unproduktivsten" Kinder zu investieren, mußte die Schule zu den Kinder gebracht werden und nicht umgekehrt.

Anhand einer Übersicht über die Besiedlungsdichte Lomé's wurde ein Plan ausgearbeitet, der vier "Satellitenzentren" in TokoinWuiti, Bé, Hanoukopé und Gbossime oder Solidarité vorsahen, wobei die meisten Kinder mit einem Fußweg von maximal 3 km bzw. Fahrten im Sammeltaxi (Streckenpreis zwischen 30 und 60 Pfennig) "ihre" Schule erreichen sollte. In einjähriger Überzeugungsarbeit gelang es, den Vorstand, der ursprünglich von einem großen modernen Zentrum auf einem von der Regierung gestellten Gelände "auf der grünen Wiese" geträumt hatte, auf die Dezentralisierung der Schule einzuschwören. Um den Übergang in andere Einrichtungen und die Zusammenarbeit zu erleichtern, wurde die Einbindung in Grundschulen und Kindergärten angestrebt.

4. Internationale Zusammenarbeit

Unsere Lehrer, wie übrigens die meisten Pädagogen an Schulen für Geistigbehinderte in West- und Zentralafrika, hatten noch nie eine andere Einrichtung außer ihrer eigenen gesehen und der Erfahrungsaustausch beschränkte sich auf die eigenen Kollegen. Deshalb wurde im Sommer 1988 eine einwöchige Reise zu den vier Schulen für geistig Behinderte in Ghana und eine Zusammenkunft mit Sonderpädagogen in Nigeria organisiert. Dies war in

zweifacher Weise nützlich: beide Länder verfügen über langjährige Erfahrung in der Erziehung von Menschen mit geistiger Behinderung, und die sprachlich bedingte Trennung der anglophonen und francophonen Welt wurde überwunden. Das College of Special Education in Mampong (Ghana) griff mit Begeisterung unseren Vorschlag auf, gemeinsame Sommerkurse für Lehrer aus Togo und Ghana anzubieten, und in der Folge wurde 1990 ein erster Ausbildungsjahrgang nach zwei je 6 wöchigen Sommerkursen mit einem Zertifikat entlassen. Da Ghana gegenwärtig finanziell schlecht

gestellt ist, war unser Kostenbeitrag hochwillkommen und die sonst gespannten politischen Beziehungen zwischen Ghana und Togo auf dieser pragmatischen Ebene "wie weggeblasen". Aus dieser ersten Zusammenarbeit entwickelte sich - von den Goethe-Instituten in Accra und Lomé finanziert - die Erarbeitung eines "westafrikanischen" Curriculums, indem ein amerikanischer Lehrplan von togoischen und ghanaischen Kollegen gemeinsam unter meiner Leitung an örtliche Verhältnisse adaptiert wurde (KNIEL 1991).

In Togo wurden wiederum an der staatlichen Ausbildungsstätte für Erzieherinnen in Kpalimé Sommerkurse für Erziehungshelferinnen aus Togo und Benin organisiert, so daß mittlerweile das gesamte Personal von "L'Envol" (der Name der Schule bedeutet "Aufbruch, Abflug") über eine qualifizierte Ausbildung verfügt (dies ist eine Seltenheit in Afrika).

Im September 1989 fand dann nach langer Vorbereitung und mit der Unterstützung der Goetheinstitute in Abidjan, Accra, Kinshasa, Lagos und Lomé das erste internationale Arbeitstreffen von Lehrern an Schulen für Geistigbehinderte in West- und Zentralafrika statt (KNIEL 1989).

Da die Kollegen in diesen Ländern alle mit denselben Problemen konfrontiert sind, scheint mir eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit dringend erforderlich.

5. Schulische und berufliche Integration

Konzeptionelle Arbeit in Entwicklungsländern ist stets ein Balanceakt zwischen Respektierung traditioneller Strukturen, Einführung neuer Elemente aus der eigenen Tradition und dem Versuch historische Epochen zu überspringen bzw. zu beschleunigen. So war es von Anfang an mein Ziel, keine eigenständigen Sonderschulen aufzubauen, sondern nach Möglichkeit die entstehenden Zentren in das Regelschulwesen einzubinden. Diese Vorstellung fand auch die volle Unterstützung der Christoffel-Blindenmission bzw. des Deutschen Caritasverbandes.

Behinderte Kinder sind allen Lehrern und Schülern bekannt, besucht doch ein Teil der Kinder mit geistiger Behinderung oft mehrere Jahre lang die gleiche Klasse - wobei sie die meiste Zeit auf dem Schulhof verbringen - bis die Eltern sie schließlich von der Schule abmelden. Auch zahlreiche körperbehinderte Schüler - fast immer Poliofälle - besuchen die Regelschule nach dem Motto: "Jeder Schüler kann teilnehmen solange er die Schulgebühren zahlt und die anderen nicht stört". Hilfe kann er nicht erwarten.

Da die Kindergärten in Togo von der Erziehungsphilosophie, der Unterrichtsgestaltung und dem Tagesrhythmen her ungefähr unserem Programm entsprachen, suchten wir Schulen (mit Kindergärten),

- die zentral in den bereits erwähnten Stadtteilen gelegen waren,
- genügend Gelände hatten, um drei Klassen und einen Sanitärtrakt zu errichten sowie Gartenbau und Kleintierhaltung zu ermöglichen
- und gut an die Routen der Sammeltaxis angebunden waren.

Durch Besuche bei den Schulleitern, Einladung der Kollegen, Verhandlungen mit Kirchenleitungen und Ministerien und nicht zuletzt nach dem Motto "Eine Hand wäscht die andere" gelang es, in Lomé für vier zentrale Standorte bei "Gastschulen" eine Baugenehmigung zu erhalten. Den Schulen - mit integrierten Kindergärten - wurden zum Ausgleich für ihre Bereitschaft die Finanzierung von Reparaturarbeiten, gemeinsame Fortbildungen und auch das Prestige, an einer besonderen Einrichtung mitzuarbeiten, angeboten und da ihre Besuche bei uns Befürchtungen, die "verrückten Kinder" könnten bedrohlich sein, schnell zerstreuten, dauerte diese Arbeit der Standortsuche nur rund zwei Jahre.

Die alte Schule in der gemieteten Villa wurde im März 1991 aufgelöst und wechselte in die Schule der Methodistengemeinde in Tokoin-Wuiti über. Da die Finanzierung über die Hauptgeldgeber bzw. in mühsamer Kleinarbeit über acht weitere Geldgeber nach ca. zwei Jahren gesichert war, können nun alle Kinder mit geistiger Behinderung Lomés "ihre Schule" mit je drei Klassen in vier Stadtteilen meist zu Fuß erreichen. Die Anbindung an Regelschulen bietet zudem viele Kooperationsmöglichkeiten:

- Gemeinsame Lernspiele und Gruppenaktivitäten (z.B. Sport, Gesang und Tanz) mit dem Kindergarten.
- Schrittweise Überführung einzelner (lernbehinderter) Schüler in Regelklassen bei gleichzeitiger Nachbetreuung am gleichen Standort.
- Einbindung unserer Schule in das togoische Schulwesen, d.h. Teilnahme an den Kulturwochen, Tag des Baumes, Festen und Feiern.
- Einfacheres Auffinden von Schülern, da die "integrierten" Schulen viel bekannter wurden als unsere isolierte Stammschule und zudem - unsere Kinder tragen Khakiuniformen wie alle anderen Kinder auch - für viele Eltern die Schwellenangst herabgesetzt wurde.

Bis jetzt gab es noch keinerlei Probleme durch die räumliche und z.T. unterrichtliche Integration geistigbehinderter Schüler, da togoische Kinder wesentlich disziplinierter als ihre deutschen Altersgenossen sind.

Bei der beruflichen Integration der Schulabsolventen zeigt ein Vergleich der Erfahrungen der Geistigbehindertenschulen in West- und Zentralafrika (vgl. KNIEL 1989) kaum Erfolge. Einige Länder lösen das Problem, indem sie ihre Schüler auch über die Altersgrenze von 18 Jahren hinaus behalten, bei anderen muß die Familie sie widerstrebend wieder aufnehmen, nachdem sie jahrelang z.T. im Internat voll versorgt wurden.

Wir haben uns sehr schnell geeinigt, daß die Verlängerung der Schulzeit keine Lösung darstellt und daß die Familie eine wesentliche Rolle bei der beruflichen Integration von Schulabgängern mit geistiger Behinderung spielen muß. Angesichts des hohen Subventionsbedarfs, der weiten Anfahrten und den übersättigten lokalen Märkten - auch gute lokale Handwerker haben selten Aufträge - scheinen Werkstätten für Behinderte nach europäischem Muster gegenwärtig keine Perspektive zu sein. Lediglich dort wo Behinderten Monopole eingeräumt wurden - etwa in Mali, wo nur Schulkreide, die von Blinden hergestellt wurde, vertrieben werden darf - besteht eine Chance für Werkstätten. Allerdings wäre es möglich, teilindustrielle Fertigung zu betreiben, wenn europäische Firmen etwa im Lomé feste Aufträge vergäben. Diese haben jedoch selbst Schwierigkeiten, sich über Wasser zu halten, da die Kaufkraft des Landes sehr niedrig ist. Der Markt für Kunsthandwerk, abgesehen davon, daß die Mehrzahl unserer Schüler nicht die entsprechenden Standards erfüllen können, ist gleichzeitig völlig übersättigt und chancenlos.

Entsprechend werden ab dem 14. Lebensjahr beim Übergang in die Stufe der "Integration professionelle" die Eltern zu einem Gespräch gebeten und gemeinsam die Interessen und Fertigkeiten ihres Kindes abgeklärt. Ferner wird gefragt, ob in der Familie irgendein Angehöriger einer Tätigkeit nachgeht, bei der der Jugendliche mithelfen könnte (Schwester Schneiderin; der Behinderte näht Knöpfe an; Vater Schuhmacher; der Behinderte hält das Atelier sauber und putzt die Schuhe usw.). Auch Haus- und Gartenarbeiten werden angesprochen, da ohnehin sehr viele arbeitslose Jugendliche weiterhin bei den Eltern oder anderen Verwandten bleiben. Entsprechend dieser Abstimmung wurden dann die älteren Schüler - auch über Hausbesuche - auf die "Nische" die gemeinsam abgesprochen wurde, vorbereitet, um dann im Alter von 18 Jahren wieder - wie übrigens alle togoischen Jugendlichen - in die Hauptverantwortung der Familie zurückzukehren.

Besondere Problem ergaben sich bei Jugendlichen mit so schwachen Leistungen, daß sie beispielsweise nicht lernen konnten, Säckchen mit Waschpulver zu füllen, die ihre Mütter auf dem Markt hätten verkaufen können. Bei manchen Mittelschichtkindern akzeptieren ihre Eltern auch nicht, daß sie auf Aufgaben in der Haushaltshilfe vorbereitet werden, die ihrem gesellschaftlichen Stand nicht entsprechen.

Alle Möglichkeiten zu Anlernverhältnissen wurden ausgeschöpft: ein Schüler lernte eine Handpresse zum Bedrucken von T-Shirts zu bedienen, eine Schülerin stampfte Fufubrei aus Yamswurzeln in einem Straßenrestaurant, ein Jugendlicher lernte einfache Reparaturarbeiten bei einem Wanderschuster usw. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der geringen Chancen für jeden togoischen Jugendlichen, eine bezahlte Arbeit zu finden, war es unser Ziel, unsere Schulabsolventen so vorzubereiten, daß sie sich in irgendeiner Form nützlich machen konnten. Diese sehr utilitaristische Sichtweise wird vielleicht verständlich, wenn man sich verdeutlicht, daß noch heute viele geistigbehinderte Kinder bei der Geburt getötet oder bei Krankheit nicht versorgt werden.

6. Zukünftige Entwicklungen

Nachdem ich ungefähr ein Jahr mit meinem jetzigen Nachfolgern zusammengearbeitet hatte - der erste Schulleiter mußte wegen Unterschlagungen entlassen werden - wurden gemeinsam mit dem

(mittlerweile ebenfalls veränderten) Vereinsvorstand folgende Ziele gestreckt:

- Eine Ausdehnung der Schulen nach dem integrativen Modell durch Einbindung in Regelschulen in den mittelgroßen Städten Togos im Landesinnern. Die erste Einrichtung im Landesinneren wird noch dieses Jahr in Kara eingeweiht.
- Die Einbindung der Sonderschullehrer in das Erziehungswesen durch staatliche Prüfungen. Da alle Lehrer in Togo berufsbegleitend ausgebildet werden - die beiden pädagogischen Hochschulen haben Anfang der 80er Jahre aus Geldmangel aufgehört zu arbeiten - muß erreicht werden, daß die Schulaufsicht Anerkennungsverfahren für Behindertenpädagogen entwickelt.
- Entwicklung erster Ansätze zur Früherkennung und Frühförderung von Kindern mit geistiger Behinderung.
- Verstärkte Aktivitäten für eine größere Unabhängigkeit der Schule von ausländischen Geldgebern mit dem Ziel der Übernahme der Gehälter durch den Staat.
- Entwicklung von Modellen zur Betreuung Behinderter in ländlichen Gebieten.
- Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit etwa in der Entwicklung von lokalen Unterrichtsmaterialien.

Selbst nach den anhaltenden Unruhen und politischen Umwälzungen seit Oktober vergangenen Jahres, durch die die Schulen z.T. wochenlang geschlossen waren, bin ich recht optimistisch, daß das "angepaßte" Modell von "Envol", eingebunden in das allgemeine Schulwesen die Arbeit fortsetzen kann.

Literatur

Kniel, A. (Hrsg.): A Curriculum for schools for the mentally retarded in West Africa/Plan d'enseignement destiné aux écoles pour enfants handicapés mentaux en Afrique de l'ouest. Accra/Lomé, 1991

Michler, W.: Weißbuch Afrika. Bonn, 1991

Kniel, A. (Hrsg.): First workshop for teachers of mentally retarded children in West- and Central Africa/Premier séminaire atelier pour enseignants d'enfants retardés mentaux en Afrique de l'ouest et centrale. Lomé, 1989.

Adresse des Autors:

Adrian Kniel
Geamthochschule Kassel
Fachbereich 4, Sozialwesen
Arnold-Bode Straße 10
3500 Kassel

Zur Entwicklungshilfe der ehemaligen DDR für Menschen mit Behinderungen aus Ländern der Dritten Welt

Sylvia Vespermann

(Frau Dr. Vespermann war an der Humboldt-Universität tätig und hat eine Promotion mit dem Thema "Behinderte Kinder und Jugendliche in der Volksrepublik Mosambik - Bedingungen, Möglichkeiten und Perspektiven für ihre Erziehung und Rehabilitation" (vgl. Rundbrief 2/91) geschrieben. Die Redaktion hat sie gebeten, einen kurzen Bericht über die Entwicklungshilfe der ehemaligen DDR, insbesondere im Bereich der Sonderpädagogik, zu verfassen.)

Meine spontane Zusage im vergangenen Jahr, Aktivitäten der ehemaligen DDR im Bereich Behinderung und Dritte Welt zu skizzieren, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur noch bedingt erfüllen. Es gab eine Vielzahl von Einrichtungen und Organisationen, die Hilfe leisteten, doch einige sind inzwischen aufgelöst, andere in neue Strukturen integriert. Das erschwerte meine Recherchen und die Informationen, die ich bisher erhalten konnte, sind dadurch sehr lückenhaft und m.E. für einen Artikel nicht ausreichend. Einige Antworten auf Anfragen von mir stehen zwar noch aus, darum habe ich auch bis heute mit diesem Brief gewartet, aber viel Neues erhoffe ich nicht mehr. Trotz allem schicke ich Ihnen das "Ergebnis".

Die DDR-Entwicklungspolitik war sehr unübersichtlich und auf viele Institutionen verteilt. In dem Abschlußbericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) über die Fortführung von

Entwicklungshilfeprojekten der ehemaligen DDR wird die fehlende Übersicht über die Zahl und den Fortgang der einzelnen Projekte - die auch nicht das nach der Volkskammerwahl 1990 neu gegründete Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hatte - mit dem Hinweis beklagt, daß vermutlich nur das Politbüro der SED einen genauen Überblick besaß (BMZ-Informationen, S.1).

Aus dem Abschlußbericht des BMZ geht hervor, daß die DDR mit rund 100 Entwicklungsländern entwicklungspolitische Beziehungen unterhielt. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Oktober 1990 wurden für 72 der bis zu diesem Zeitpunkt noch 106 laufenden Projekte eine Weiterführung beschlossen. Vorrang bei dieser Entscheidung hatten Projekte der Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft. Doch auch Hilfen für Menschen mit Behinderungen wurden mit der Fortführung von zwei Entwicklungsprojekten berücksichtigt - dem Rehabilitationszentrum Luanda in Angola und dem vietnamesischen Orthopädischen Rehabilitationszentrum Ba Vi.

Das Reha-Zentrum in Luanda ist die einzige orthopädische Spezialklinik des Landes. In den verschiedenen Abteilungen, mit insgesamt 85 Betten, werden vor allem Kinder und Erwachsene mit Querschnitts- und Halbseitenlähmungen, Verstümmelte, Unfallopfer sowie Kinder nach Poliomyelitis und Malaria stationär und ambulant behandelt. Drei Physiotherapeutinnen sind seit 1989 im Einsatz und unterstützen auch die Ausbildung einheimischer Fachkräfte, die ergänzende Mitarbeit eines Facharztes für Orthopädie wird derzeit noch überprüft.

Auch das Projekt in Vietnam beinhaltet die Rehabilitation von Menschen mit Erkrankungen und funktionellen Einschränkungen des Bewegungsapparates. Zur Zeit wird die Versorgung der Körperbehinderten mit orthopädie-technischen Hilfsmitteln unterstützt, über die Entsendung von spezialisiertem Fachpersonal soll aber erst noch entschieden werden.

Wie aus diesen beiden "übernommenen" Entwicklungsprojekten hervorgeht, gab es vorrangig Hilfsmaßnahmen der ehemaligen DDR im Bereich der medizinischen Rehabilitation, d.h. sie wurden von Einrichtungen des Gesundheitsministeriums getragen - im Gegensatz zur pädagogischen Rehabilitation, sie gehörte zum Aufgabenbereich des Ministeriums für Volksbildung.

Medizinisch-rehabilitativ wurde Menschen mit schweren körperlichen Schäden aber nicht nur in spezialisierten Rehabilitationskliniken - wie den beiden o.g. - geholfen, sondern auch durch den Einsatz von Orthopäden und anderen Fachkräften in nationalen Referenzkrankenhäusern. Schwerpunktländer dafür waren Äthiopien, Nicaragua, Angola, Mosambik und Vietnam. Doch von noch größerer Bedeutung in diesem Bereich der Entwicklungshilfe war sicher der Transport von Verletzten aus Kriegsgebieten der Dritten Welt in die DDR und die medizinisch-orthopädische Betreuung in "staatseigenen" Spezialkliniken, insbesondere in der Charité und im Klinikum Berlin-Buch.

Hilfsprojekte im Bereich der pädagogischen Rehabilitation gab es m.W. "vor Ort", d.h. direkt in den Entwicklungsländern nicht. Sehr viele Mitarbeiter des Bildungswesens - sie kamen von Pädagogischen Hochschulen, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften oder aus dem Ministerium für Volksbildung - unterstützten zwar die Länder beim Aufbau eines sozialistischen Bildungswesens und bei der Entwicklung von Schulbüchern und Curricula, - die einseitige ideologische Einflußnahme spielte dabei sicher eine wesentliche Rolle - , aber Einrichtungen des Sonderschulwesens wurden dabei so gut wie nicht berücksichtigt. Für die Unterstützung in diesem Bereich bevorzugte man - wie ja auch für einen großen Teil der medizinischen Rehabilitation - DDR-eigene Einrichtungen, d.h. es wurden Stipendiaten aus Ländern der Dritten Welt an die Hochschulen und Universitäten der DDR geholt und dort für eine qualifizierte Tätigkeit in Sonderschulen oder ähnlichen Einrichtungen ihrer Länder ausgebildet.

Auch hierüber ließen sich keine konkreten Zahlen ermitteln, doch an Hand der vorliegenden Diplomarbeiten und Dissertationen der Studenten lassen sich Aussagen über den Umfang dieser Entwicklungshilfe machen.

Im Fachbereich Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (früher Sektion Rehabilitationspädagogik und Kommunikationswissenschaft und gleichzeitig größte Ausbildungseinrichtung dieser Art) wurden zwischen 1972 und 1991 fünf Doktoranden und neun Diplomanden aus Ägypten, Angola, Afghanistan, Mali, Kuba und dem Irak betreut. Sie analysierten in ihren wissenschaftlichen Arbeiten u.a. das Sonderschulwesen in ihrem Land und erarbeiteten Vorschläge für die weitere Entwicklung der Bildung und Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Ein thematischer Schwerpunkt war die Entwick-

lung der Blindenbildung in Mali (Liste mit den Autoren und Titeln der wissenschaftlichen Arbeiten bei der Autorin).

In diesem Zusammenhang sollen noch die "gesellschaftlichen Organisationen" genannt werden, die durch Geld- und Sachspenden einen nicht unerheblichen Anteil an der Entwicklungshilfe der DDR hatten. Z.B. war der Blinden-

und Sehschwachen-Verband der DDR Mitglied der Weltblindunion und sandte Werkstattausrüstungen, Blindenhilfsmittel und Punktschriftbücher in fremden Sprachen in Entwicklungsländer. Er finanzierte und unterstützte auch, ebenfalls mit Hilfe der Spendengelder der Mitglieder, die Ausbildung von ausländischen Fachleuten in der DDR.

Das Deutsche Rote Kreuz der DDR schickte Hilfssendungen vor allem in Länder, in denen Menschen infolge kriegerischer Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen schwere gesundheitliche Schäden erlitten hatten. Den Gesamtumfang der Hilfssendungen auf der Grundlage von Ersuchen der Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften oder einzelner Länder bezifferte das DRK der DDR im Zeitraum von seiner Gründung 1952 bis 1988 mit 91,5 Mill. Mark (Renker, S. 229 f.).

Neben diesen staatlich gelenkten und organisierten Entwicklungshilfeprojekten gab es das intensive Bemühen der kirchlichen Einrichtungen und Anstalten um die Betreuung von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen. Auch wenn die medizinischen und sozialen Einrichtungen innerhalb des gesamten Gesundheitswesens der DDR nur einen relativ kleinen Bereich einnahmen - das "Diakonische Werk (Innere Mission und Hilfswerk) der Evangelischen Kirchen" bezifferte ihren Anteil mit 5 % der Krankenhausbetten und 15 % der Heimplätze - war ihr Engagement auch für die Länder der Dritten Welt groß (Renker, S. 244).

Die Kirchen leisteten eine sehr umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, der Informationsgehalt ihrer Berichte und Zeitschriften über die Not der Menschen in Dürre- und Kriegsgebieten war - sieht man von den begrenzten Auflagen ab - oft höher als in den staatlichen DDR-Medien. Auch die Nothilfeappelle des Ökumenischen Rates der Kirchen sind, unter Berücksichtigung, daß Armut und Unterernährung in den Entwicklungsländern zu den vorrangigen Ursachen für Behinderungen gehören und die Prävention Vorrang genießen sollte, entsprechend hoch einzuschätzen. Das Ökumenische Informationszentrum in Dresden berichtete von zwei Entwicklungshilfeprojekten, einem Lepradorf in Tansania und zwei Gehörlosenschulen in Vietnam. Das Lepradorf wird seit Ende der 60er Jahre materiell unterstützt, mit der Öffnung der Mauer war auch die Entsendung eines Arztes und einer Krankenschwester möglich. Das Projekt in Vietnam erfuhr vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seit 1987 Hilfe, auch hier soll die personelle Unterstützung in Zukunft ausgebaut werden.

Ich hoffe, daß Sie mit diesen Informationen einen kleinen Einblick in die "Entwicklungspolitik der DDR" gewonnen haben. Vielleicht ist es auch ein Anstoß für andere Leser, noch etwas zu dieser Thematik beizusteuern.

Literatur:

- Abschlußbericht über die Fortführung von Entwicklungshilfeprojekten der ehemaligen DDR. - In: BMZ-Informationen Nr. 1/91. - Bonn: Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1991.- 7 S.
- Renker, K.; U. Renker: Grundlagen der Rehabilitation. - 6. bearb. Aufl. - Berlin: Verl. Volk und Gesundheit, 1988. - 288 S.

Bericht über die Regionale Tagung zur Analyse der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Zentralamerika und Panama. Aktuelle Situation und Perspektiven ("Jornada Regional sobre Analisis de la Atencion Integral al Menor con Discapacidad en Centroamérica y Panama. Situacion Actual y Perspectivas" vom 29. Juli bis 2. August 1991 in San José/Costa Rica)

H.P. Schmidtke

Vom 29. Juli bis 2. August 1991 fand in San José/Costa Rica erstmalig eine regionale Arbeitstagung von VertreterInnen aus Politik und Verwaltung aus den Ländern Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama statt, um die Probleme der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu analysieren und Perspektiven für die kommenden Jahre zu entwickeln. Ausgangspunkt der Tagung war, daß eine adäquate Betreuung der Menschen mit Behinderungen in den meisten Ländern nur für etwa 5 % (Costa Rica etwa 20 %) gewährleistet ist.

Eine Analyse der wirtschaftlichen Situation zu Beginn der Tagung ergab, daß die Dekade der achtziger Jahre für die Region zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen insgesamt geführt hat. Einige Faktoren hierfür waren etwa die Verminderung der staatlichen Einnahmen durch den Verfall der Preise der Exportgüter (insbesondere Kaffee und Bananen), eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit, ein Rückgang der realen Einkünfte am Ende der 80er Jahre um 20 % (das pro Kopf-Einkommen erreichte z.B. 1990 in Costa Rica nur das gleiche Niveau wie 1972). Mitverursacht wurde der wirtschaftliche Rückgang durch kriegerische Auseinandersetzungen (in El Salvador konnte erst zu Beginn dieses Jahres ein Waffenstillstand im Bürgerkrieg

geschlossen werden), Diktaturen und natürliche Katastrophen wie Erdbeben und Unwetter, so daß Wirtschaftsprogramme, die für die Region aufgelegt wurden, nicht greifen konnten. Die Basisdaten in Tabelle 1 geben darüber Aufschluß, daß dennoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten der Region bestehen, auf die hier jedoch nicht im einzelnen eingegangen werden kann.

Die sechs teilnehmenden Staaten hatten Delegationen unter der Leitung der Vizeministerin bzw. des Vizeministers für Erziehung entsandt, zu denen weiter gehörten:

- der/die DirektorIn für Sondererziehung
- ein hoher Beamter, eine hohe Beamtin des Gesundheitsministeriums
- der/die DirektorIn der Koordinierungsstelle für die Rehabilitationspolitik (soweit in den Ländern vorhanden - Costa Rica, Honduras, Panama)
- eine Vertretung des Büros der "First Lady" (Primera Dama) der Länder, zu deren Aufgabenbereich die Behindertenarbeit gehört
- erstmalig miteinbezogen ein/e RepräsentantIn der betroffenen Elternvereinigungen

Ferner war ein ausgewählter Kreis von auswärtigen Experten als Beobachter zugelassen.

Die aktuelle Situation und die Perspektiven in drei Themenbereichen standen im Mittelpunkt der Arbeit:

1. Die Integration der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in die nationalen Gesundheits- und Erziehungssysteme.
2. Die Partizipation der Familie und der Kommune bei Aktionen zur Prävention von Behinderungen, zur Diagnose und zur angemessenen Betreuung von Menschen mit Behinderungen.
3. Wege zur Berufsvorbereitung und zur Einbeziehung von Jugendlichen mit Behinderungen in die Arbeitswelt.

Als Grundlage der Arbeit war von den Staaten die Beantwortung eines umfangreichen Fragenkatalogs zu den drei Themenbereichen erbeten worden. Er bezog sich sowohl auf die Basisdaten (Tabelle 1), als auch auf die Organigramme der jeweiligen Gesundheits- und Erziehungssysteme, der Analyse und Beschreibung länderspezifischer Probleme, der nationalen Gesetzgebungen im Behindertenbereich, der verschiedenen Lösungsversuche und der politischen Absichten. Eine Gruppe von WissenschaftlerInnen der Universität Costa Rica erstellte auf dieser Grundlage eine Synopse, woraus erneut die große Unterschiedlichkeit der Probleme, der Systeme und der Lösungsversuche in den einzelnen Staaten deutlich wurde.

Vor Beginn der Arbeitsgruppensitzungen zu den einzelnen Schwerpunktthemen erhielten die Delegationen die Möglichkeit, ihre Darstellung weitergehend zu erläutern und Fragen der anderen Delegationen zu beantworten. Die Diskussion fand anschließend in Statusgruppen statt, d.h. daß die VizeministerInnen, Erziehungs-direktorInnen etc. der verschiedenen Staaten sich zusammensetzten und zu einem vorgelegten Fragenkatalog Stellung nahmen. Daraus ergab sich übereinstimmend,

- daß in allen Ländern an einer Verbesserung des Erziehungs- und Gesundheitswesens gearbeitet wird,
- daß zwar in allen Ländern staatliche und private Einrichtungen der Sondererziehung existieren, daß aber der schulischen Integration von Kindern mit Behinderungen der Vorzug vor einer Separierung in einem eigenen Sonderschulsystem gegeben wird,
- daß Formen der "Rehabilitacion basado en la Comunidad" (Community Based Rehabilitation) weiter erprobt und ausgebaut werden,
- daß die Integration von Jugendlichen mit Behinderungen in das Berufsleben in allen Staaten als Problem gesehen wird, wenn auch konkrete Erfahrungen noch weit hinter den politischen Absichtserklärungen zurückbleiben.

Den Abschluß der Gespräche bildeten Arbeitsgruppen sowohl gemischt nach Status als auch nach Nationalität. Auf diese Weise wurde ein vielschichtiger Gedankenaustausch ermöglicht, in dem insbesondere die VertreterInnen der Elternverbände die Gelegenheit nutzten, die Schwierigkeiten und Möglichkeiten aus ihrer Sicht darzustellen.

Als Ergebnis der Arbeitstagung wird die Bildung eines zentralamerikanischen Rates oder einer Gruppe zur umfassenden Betreuung der Personen mit Behinderung empfohlen (Consejo o Grupo Centroamericano de Atencion a la Poblacion con Discapacidad)

Die Aufgaben dieser Gruppe bzw. dieses Rates sollen sein:

- A. Die Umsetzung der folgenden Empfehlungen der Tagung oder anderer regionaler, bilateraler oder nationaler Aktivitäten zu unterstützen und Mechanismen dafür zu etablieren,
- B. Hilfestellung zu geben bei sozioepidemiologischen Forschungen und bei der Erstellung von qualitativen und quantitativen Untersuchungen von Risikofaktoren,
- C. Aktivitäten zu stimulieren, die zu Übereinstimmung bei der Konzeptualisierung in Bezug auf Parameter zur Beschreibung von behindernden Faktoren führen,
- D. Hilfestellung zu leisten bei der Entwicklung von handlungsorientierten Forschungsmethoden, Definitionen und Ausführungen von Programmen und Projekten im Rahmen der ganzheitlichen Förderung von Menschen mit Behinderungen,
- E. Einrichten von Informations-, Dokumentations- und statistischen Systemen, die den Fluß und Austausch von Forschungsergebnissen, wissenschaftlichen Entwicklungen und aller für Benutzer relevanten Erfahrungen fördern,
- F. Hilfestellung zu leisten bei der Entwicklung und Einbeziehung von Organisationen der Eltern und Familien von Menschen mit Behinderungen in den Prozeß der ganzheitlichen Förderung.

Die Schlußempfehlungen regulieren darüberhinaus weitere Einzelheiten zur Bildung eines solchen Rates. Die Tagung fand ihre Fortsetzung in einer weiteren Tagung der VizeministerInnen für Erziehung zum Thema der Probleme von Menschen mit Behinderungen und dem weiteren administrativen Vorgehen im Oktober 1991 in Managua. Über diese Tagung liegen bisher noch keine Ergebnisse vor. Es ist ferner beabsichtigt, das Thema der Tagung auch auf den Arbeitstagen der Präsidenten und der Präsidentin der Staaten Mittelamerikas als einen zentralen Arbeitsschwerpunkt zu etablieren.

New Horizons in Caring and Sharing - 10. Konferenz der Asiatischen Föderation von Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung; 3. bis 8. November 1991, Karachi, Pakistan

Geert Freyhoff

Unter dem Motto "New Horizons in Caring and Sharing" (etwa: Neue Perspektiven in Betreuung und Beteiligung) trafen sich in Karachi Mal Vertreter/-innen von Organisationen für Menschen mit geistiger Behinderung und Wissenschaftler/-innen aus 18 Ländern Asiens. Selbstverständlich kam die größte Zahl der Teilnehmer/-innen aus Pakistan, für dessen Sonderpädagogik diese Konferenz eine große Anerkennung und Stimulierung bedeutete. Aber auch z.B. aus der Volksrepublik China, Japan und vielen Südostasiatischen Ländern waren Fachleute vertreten.

Daß die Durchführung einer solchen Konferenz in einem Land wie Pakistan große Bedeutung für die Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung hat, wurde durch die Beteiligung hochrangiger Regierungsvertreter an der Eröffnungsveranstaltung deutlich. In Pakistan gab es noch vor 15 Jahren kaum eine Einrichtung für diesen Personenkreis. Der ehemalige Präsident General Zia-ul-Haq, der selbst eine geistig behinderte Tochter hatte, gab erste Anstöße zum Aufbau eines Versorgungssystems und bis heute gibt es im gesamten Land 28 Einrichtungen, einige Ausbildungszentren und einige gemeindenahere Rehabilitationsangebote. Die Angebote reichen jedoch noch keineswegs aus, und viele der Einrichtungen leiden unter chronischem Geldmangel. Es ist zu hoffen, daß diese Konferenz zu einer Verbesserung der staatlichen Förderung der Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung in diesem Land beiträgt.

Die Fachreferate deckten ein weites Feld unterschiedlichster Themen ab. Da pro Beitrag nur ein Zeitraum von 15 Minuten vorgesehen war, waren sie auf wenige Grundinformationen beschränkt. Die Organisation der Konferenz ließ jedoch Raum für Nachfragen und Diskussionen im kleineren Kreis, eine Gelegenheit, die von den Teilnehmer/-innen vielfach genutzt wurde. Es war sicherlich der wichtigste Aspekt dieser Tagung, daß Informationen über erfolgreiche Ansätze und Projekte in verschiedenen asiatischen Ländern ausgetauscht werden konnten.

Die Fachreferate machten außerdem deutlich, daß es in Asien eine Anzahl von hervorragenden Fachleuten und guten Angeboten für Menschen mit geistiger Behinderung gibt. Diese brauchen einen Qualitätsvergleich mit Europa oder Nordamerika nicht zu scheuen, sind aber vielfach den lokalen sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt. Ein besonderer Schwerpunkt dieser Tagung lag demgemäß auch in der Entwicklung und Verbreitung von kulturadäquaten Angeboten für Menschen mit geistiger Behinderung in den verschiedenen Lebensfeldern. Viele Teilnehmer/-innen betonten die Bedeutung einer verbesserten Prävention, Früherkennung

und Frühförderung, da auf diese Weise viele Behinderungen vermieden, bzw. die Auswirkungen einer Schädigung begrenzt werden können.

Wie diese Konferenz wieder einmal verdeutlichte, liegen die Probleme Asiens nicht so sehr in nicht-vorhandenem Fachwissen, sondern in der Bevölkerungszahl: in asiatischen Ländern lebt mit mehr als 2,7 Milliarden Menschen ca. 60 % der Weltbevölkerung. Die vorhandenen Fachleute und Rehabilitationseinrichtungen können diesen enormen Bedarf keinesfalls abdecken. Entwicklungsbemühungen in diesem Bereich müssen sich deshalb in Zukunft darauf konzentrieren, eine Verbreitung des vorhandenen Wissens und vorhandener Modellprojekte zu ermöglichen.

Sprachentwicklungsförderung in der Vorschulerziehung

Dr. Heidemarie Adam

Diesem Thema ist ein Heft von "The Coordinators' Notebook" gewidmet. In einem längeren Artikel wird dargestellt, wie Eltern und LehrerInnen, Kindern helfen können, ihre sprachlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Insbesondere geht es um Kinder, die zweisprachig aufwachsen.

Die AutorInnen gehen davon aus, daß etwa 60% aller Kinder auf der Welt in einer Umwelt aufwachsen, in der mehrere Sprachen nebeneinander gesprochen werden. Häufig müssen sie eine zweite Sprache lernen, wenn sie beginnen, die Schule oder den Kindergarten zu besuchen. Dies trifft für Gastarbeiterkinder ebenso zu wie für Kinder von Indios oder die Kinder der Angehörigen von Minoritäten.

Probleme und Chancen der Zweisprachigkeit werden gegeneinander abgewogen. Es wird gezeigt, wie die ersten fünf Lebensjahre genutzt werden können, um die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder zu stärken. An drei Beispielen wird gezeigt, wie in konkreten Fällen vorgegangen werden kann.

In Peru wird versucht, Spanisch und Quechua bzw. Aymara nebeneinander lernen zu lassen. Die Kinder verwenden zu Hause eine der Indianersprachen. In der Schule treffen sie dann auf Lehrerinnen und Lehrer, die ausschließlich Spanisch sprechen. Dies erschwert den Leselernprozeß. Deshalb sollen sie die fehlenden Sprachkenntnisse im Kindergarten erwerben. Umgekehrt soll nun auch in der Schule die Sprache des Elternhauses verwendet werden. Das Ziel ist, daß die Kinder sich in beiden Sprachen mündlich und schriftlich ausdrücken können.

In Neuseeland wurde die Sprache der Maori in der Vergangenheit so stark unterdrückt, daß nur noch ältere Menschen sie fließend sprechen können. Jetzt beginnt sich diese Gruppe auf ihre Kultur und Sprache zu besinnen. Es wurden deshalb besondere Kindergärten eingerichtet, sie werden Te Kohanga Reo genannt, um es Maorikindern zu ermöglichen, ihre eigentliche Muttersprache zu erlernen. Sie muß wie eine Fremdsprache eingeführt werden, denn auch die Eltern dieser Kinder sprechen sie nicht mehr. Natürlich muß sich nun auch das Schulsystem verändern. Die Sprache der Maori soll langfristig gleichberechtigt neben dem Englischen an Schulen gelehrt und verwendet werden.

In Ungarn sprechen 95% der Bevölkerung Ungarisch. 5% gehören verschiedenen ethnischen Gruppen an. Alle diese Gruppen haben und pflegen eigene Sprachen. Für diese Kinder gibt es drei verschiedene Arten von Vorschulprogrammen.

1. Der Unterricht findet in der Muttersprache der Kinder statt. Daneben wird Ungarisch drei mal in der Woche als Fremdsprache gelehrt.
2. Ungarisch ist Unterrichtssprache und dreimal in der Woche werden Aktivitäten in der Muttersprache angeboten.
3. Der Unterricht ist zweisprachig. Ungarisch und einer der Sinti-Dialekte werden nebeneinander als Kommunikationsmittel verwendet.

Der Artikel betont, daß zweisprachig aufwachsende Kinder sich sprachlich gut entwickeln, wenn sie entsprechende Hilfen erhalten. Sie brauchen Erwachsene, die Zeit haben, mit ihnen zu sprechen. Der Schule bzw. dem Kindergarten müssen "native speaker" beider Sprachen zur Verfügung stehen. Die Sprachförderung muß kommunikationsorientiert sein, denn Sprachtrainings sind nicht besonders effizient. Die Sprachen, die gelernt werden sollen, müssen in gleicher Weise wertgeschätzt werden. Meist gibt es Bücher und Unterrichtsmaterialien

nur in der "offiziellen" Sprache. Deshalb müssen entsprechende Hilfsmittel auch für die zweite Sprache entwickelt und angeschafft werden.

Kinder, die diese Hilfen nicht erhalten, können verschiedenartige Schulschwierigkeiten entwickeln. Auf diese Weise werden Menschen, die bereits zu einer benachteiligten Gruppe gehören, ein weiteres Mal benachteiligt.

aus: The Coordinators' Notebook, An International Resource for Early Childhood Development, Januar 1991.
Herausgeber: "The Consultative Group on Early Childhood Care and Development" in Zusammenarbeit mit UNESCO, UNICEF, The Ford Foundation, USAID, Bernhard van Leer Foundation und der Aga Khan Foundation.
Bestellungen über: UNICEF House - H2F
3 United Nations Plaza
New York, NY. 10017, USA

ORGANISATIONEN

"Leitlinien für Internationale Hilfen" der Bundesvereinigung Lebenshilfe verabschiedet

"Ziel der Lebenshilfe ist das Wohl geistig behinderter Menschen und ihrer Familien. Sie setzt sich dafür ein, daß jeder geistig behinderte Mensch so selbständig wie möglich leben kann und daß ihm so viel Schutz und Hilfe zuteil werden, wie er für sich braucht." Die Lebenshilfe hält "international Kontakt mit Organisationen der Behindertenhilfe, lernt von ihnen und stellt sich der Verpflichtung, geistig behinderten Menschen in den Ländern Hilfe anzubieten, in denen sie besonders gebraucht wird."

Ausgehend von diesen Aussagen im Grundsatzprogramm der Lebenshilfe wurden Leitlinien für die systematische Unterstützung von Organisationen für Menschen mit geistiger Behinderung in wirtschaftlich armen Ländern entwickelt, die der Orientierung in der praktischen Arbeit dienen sollen. Sie berücksichtigen den gegenwärtigen Stand der pädagogischen und entwicklungspolitischen Diskussion, sind aber auch offen für Veränderungen, die sich aus dem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandel in den betreffenden Ländern ergeben können.

Ausgehend von der Feststellung, daß 25 % der Bevölkerung eines jeden Landes direkt oder indirekt (als Familienangehörige, Freunde, Kollegen oder Nachbarn) von den Auswirkungen von Behinderungen betroffen sind, werden mit diesen Leitlinien erstmals die Aktivitäten der Bundesvereinigung Lebenshilfe in anderen Ländern systematisch in entwicklungspolitische Zusammenhänge eingegliedert. Ohne Hilfsmaßnahmen entstehen erhebliche Belastungen für eine Gesellschaft, z.B. in Form von mangelnder Zuwendung für andere Kinder einer Familie und durch eine erhöhte Belastung oder die erzwungene ökonomische Untätigkeit der Betreuungsperson.

Wie auch in der Bundesrepublik Deutschland sind Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Familien die Zielgruppe der internationalen Hilfen der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Sie verkennt jedoch nicht, daß besonders in den wirtschaftlich armen Ländern eine ausschließliche Beschränkung auf diesen Personenkreis praktisch oft undurchführbar und entwicklungspolitisch schwer zu begründen ist. Sie setzt sich deshalb unabhängig von Art und Schwere der Behinderung für eine Verbesserung der Hilfen in diesen Ländern ein.

Konkrete Maßnahmen der Bundesvereinigung Lebenshilfe richten sich jedoch in erster Linie an Organisationen für Menschen mit geistiger Behinderung. Dabei unterstützt sie vor allem solche Organisationen, deren Ziel die weitestmögliche Integration behinderter Menschen in das normale Leben einer Gesellschaft ist. Als Fachverband ist es Aufgabe der Lebenshilfe, vorhandenes Wissen und Erfahrungen im Bereich der Förderung (geistig) behinderter Menschen für Organisationen in anderen Ländern nutzbar zu machen. Insbesondere fördert sie die Entwicklung von pädagogischen Konzepten, die aus der jeweiligen Kultur und Gesellschaft hervorgegangen sind.

Da die überwiegenden Probleme von Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Familien nicht durch die Behinderung an sich, sondern durch die allgemeine Lebenssituation der Bevölkerung verursacht werden, unterstützt die Bundesvereinigung Lebenshilfe alle Bestrebungen, diese Verhältnisse zu verbessern und die vorhandenen Mittel weltweit gerechter zu verteilen. In diesem Sinne strebt sie eine enge Zusammenarbeit mit Organisationen der Entwicklungshilfe im Rahmen eines arbeitsteiligen Konzeptes an.

Die Orientierung der Maßnahmen an der je gegebenen Situation kann in der Regel nur durch langfristige Kontakte und Beziehungen erreicht werden. Deshalb muß die Bundesvereinigung Lebenshilfe ihren Wirkungsbereich im Ausland regional eingrenzen. Sie konzentriert sich nach Absprache mit anderen Mitgliedsorganisationen der

Internationalen Liga von Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung (ILSMH) auf bestimmte Länder. Gelegentliche Einzelfallhilfe bleibt hiervon unberührt.

Die Maßnahmen der Bundesvereinigung Lebenshilfe im Bereich der internationalen Hilfen gliedern sich wie folgt:

- Einladung von Mitarbeitern zu Hospitationen und Praktika in die Bundesrepublik und andere Länder
- Entsendung und Vermittlung von Experten
- Finanzielle Unterstützung von Projekten (bzw. deren Vermittlung)
- Bereitstellung von Informations- und Unterrichtsmaterial
- Fachliche Beratung von Projektträgern und Organisationen der Entwicklungshilfe

Grundsätzlich sollte ein schriftlicher Antrag gestellt werden, der genaue Angaben über die jeweilige Organisation und das Ziel der Maßnahme enthalten sollte. Die antragstellende Organisation sollte mindestens 10% der Kosten als Eigenanteil aufbringen.

Die Leitlinien sind beim Fachgebiet Internationale Hilfen der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Postfach 80, 3550 Marburg 7 zu beziehen.

NEWS

Entwicklungspraxis-Seminare der Christoffel-Blindenmission:

Die Christoffel-Blindenmission (CBM) führt 1992 verschiedene Seminare zur "Entwicklungspraxis" durch. Die Seminare finden (von Freitag 18.00 Uhr bis Sonntag 15.00 Uhr) im Tagungszentrum der CBM in Bensheim/Auerbach statt. Bis auf eine Anmeldegebühr von DM 25,- sind die Seminare i.d.R. für Teilnahme, Unterkunft und Verpflegung kostenfrei; Spenden je nach Einkommensverhältnissen sind allerdings willkommen.

Für die Behindertenarbeit relevante Seminare:

24. - 26. April 1992

AUGENMEDIZIN I - TROPISCHE AUGENKRANKHEITEN

Im Mittelpunkt steht die Einführung in Krankheitsbilder tropischer Augenkrankheiten sowie in ihre Verhütung und Therapie. Anhand von praktischen Übungen am Schweineauge wird daneben angepaßte Katarakt-Chirurgie demonstriert. Schließlich berichten erfahrene Augenärzte über ihre Arbeit und die Rolle der Augenmedizin im Kontext von Kulturen und Religionen in der "Dritten Welt".

Zielgruppe: MedizinstudentInnen, Krankenschwestern.

6. - 8. November 1992:

AUGENMEDIZIN II - DIAGNOSE UND THERAPIE

Die nach Katarakt wichtigsten tropischen Augenkrankheiten sind: Trachom, Glaukom, Xerophthalmie und Onchocerkose. Wie werden sie unter den Bedingungen der "Dritten Welt" diagnostiziert und behandelt? Außerdem: eine Fallstudie zu Primary Eye Care sowie eine Diskussion über Leistungen und Grenzen der medizinischen Arbeit von CBM-AugenärztInnen.

Zielgruppe: TeilnehmerInnen des Grundseminars, angehende AugenmedizinerInnen.

15. - 17. Mai 1992:

KRANKENGYMNASTIK/REHABILITATION - SIE SOLLEN NICHT AM RANDE STEHEN

Anhand von Erfahrungen aus einem Pilotprojekt für gemeindenahere Rehabilitation von Behinderten in Gagnoa/Elfenbeinküste werden Ziele und Strategien vorgestellt. Schwerpunkte: Aufbau gemeindenaherer Strukturen, Auswahl und Ausbildung von MitarbeiterInnen, Sensibilisierung der umliegenden Dörfer.

Zielgruppe: KrankengymnastInnen und andere Fachkräfte aus dem Bereich Rehabilitation.

9. - 11. Oktober 1992:

LANDWIRTSCHAFT - BLINDE LERNEN PFLÜGEN

Landwirtschaftliche Rehabilitation Blinder - ein Spezialgebiet der CBM seit 17 Jahren. Auf dem Hintergrund von Projektarbeit in Dapaong/Togo wird vorgestellt, wie Behinderte durch eine den örtlichen Gegebenheiten angepaßte landwirtschaftliche Ausbildung und eine nachfolgende Betreuung in die Gesellschaft integriert werden können.

Zielgruppe: AgraringenieurInnen, LandwirtInnen.

4. - 6. Dezember 1992:

SONDERPÄDAGOGIK - INTEGRATION ALS AUFTRAG

Nur ein Bruchteil der Behinderten in Entwicklungsländern erfährt derzeit Hilfe, - für SonderpädagogInnen eine Herausforderung ganz anderer Art als hierzulande. Die Erfahrungen der CBM-Projektarbeit zeigen, daß integrative Rehabilitation viel mehr Möglichkeiten schafft, behinderte Menschen in den Alltag ihrer Gesellschaft einzugliedern.
Zielgruppe: SonderpädagogInnen, Sonderpädagogik-StudentInnen.

Auf Anfrage ist ein detailliertes Programm zu erhalten. TeilnehmerInnen sollten sich spätestens 14 Tage vor Seminarbeginn angemeldet und die Anmeldegebühr überwiesen haben.

Anmeldungen, Nachfragen und Hinweise sind zu richten an den Ausschuß Seminare, Norbert Schröder bei der Christoffel-Blindenmission, Nibelungenstraße 124, 6140 Bensheim 4, Tel. 06251-1310.

(Alle Informationen sind entnommen der Broschüre "ENTWICKLUNGSPRAXIS 1992" der Christoffel-Blindenmission)

Rehabilitation International: Auf dem Weltkongreß in Kenia werden die Dritte-Welt-Prioritäten für die 90er Jahre formuliert

Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in den 90er Jahren, besonders derjenigen in Ländern der Dritten Welt, wird das zentrale Thema des 17. Weltkongresses von Rehabilitation International sein. Er wird vom 7.- 11. September 1992 in Nairobi Kenyatta International Conference Center stattfinden und der erste Weltkongreß Rehabilitation Internationals sein, der in Afrika stattfindet. Persönlichkeiten, die für ihr Eintreten für die dringenden Bedürfnisse von Entwicklungsländern in Afrika und in der ganzen Welt bekannt sind, wurden eingeladen, um Referate zu halten. Darunter sind der Präsident von Kenia, Daniel T. arab Moi, der Geschäftsführer von Unicef, Herr James Grant, und der frühere Präsident von Tansania, Dr. Julius Nyerere. Das 5-tägige wissenschaftliche Programm wird in Plenarversammlungen und Gruppendiskussionen zu den wichtigsten Papieren stattfinden. Die Inhalte der Plenarversammlungen schließen ein:

- Kinder in gefährdenden Situationen,
- Chancengleichheit im Nord-Süd-Kontext,
- Self-reliance und Zusammenarbeit in Behindertenfragen,
- Unsere eigenen Stimmen (Vertreter von Organisationen von behinderten Menschen)
- Frauen, Behinderung und Entwicklungsfragen,
- Community-Based Rehabilitation Projekte - Realitäten und praktische Fragen,
- die Herausforderung moderner Technologien,
- Situationen eingeschränkter Ressourcen,
- Medienkampagnen, um ein Bewußtsein für Menschen mit Behinderungen in Entwicklungsländern zu erzeugen.

Am 9. September gibt es die Gelegenheit, Einrichtungen in der Gegend von Nairobi zu besuchen, die von Community-Based Rehabilitation Projekten bis hin zu selbstorganisierten Behindertenwerkstätten, die u.a. Rollstühle produzieren, reichen. Vom 12. - 14. September sind Seminare im Anschluß an den Kongreß geplant, die verschiedene spezielle Themen aufgreifen.

Viele verschiedenen Kongreßereignisse werden organisiert, um den Teilnehmern aus der ganzen Welt ein tieferes Verständnis der afrikanischen Situation und des afrikanischen Verständnisses von Behinderung und Rehabilitation zu ermöglichen.

Das United Nations Centre for Social Development and Humanitarian Affairs in Wien hat den Weltkongreß von Rehabilitation International in Kenia ausgewählt, um für Afrika das Ende der Dekade der Behinderten zu signalisieren. Eine Hauptsitzung wird der Analyse dieser Dekade und der Frage gewidmet sein, inwieweit die Empfehlungen und Erklärungen wirklich befolgt werden. Das Ziel dieser Sitzung soll eine realistische Strategie für die 90er Jahre sein, die die Einführung der Ziele der Dekade der Vereinten Nationen fördert. Wichtige Repräsentanten der UN-Organisationen und der beteiligten Nicht-Regierungsorganisationen wurden eingeladen, um ihre Meinung beizutragen.

Die Kongreßgebühr wurde wie folgt festgelegt:

a) für Teilnehmer aus Afrika, der Karibik und Pazifischen Ländern: US \$ 300,-; Begleitpersonen: US \$ 250.-

b) für Teilnehmer aus entwickelten Ländern: US \$ 500,-; Begleitpersonen: US \$ 400,-

Diese Gebühren gelten bis zum 30. Juni 1992. Danach werden US \$ 50,- zusätzlich verlangt. Die Kongreßgebühr beinhaltet Informationspakete, den Besuch von Einrichtungen, die Kongreßteilnahme und zwei offizielle Empfänge. Weitere Informationen sind erhältlich bei: Rehabilitation International, 25 East 21 Street, New York, New York 10010, USA. Fax: (212) 505-0871.

Bemühungen um eine Koordination der Kontakte zwischen Organisationen für geistig Behinderte in Ost- und West-Europa

Unter Federführung der Bundesvereinigung Lebenshilfe wurde zunächst im Rahmen der Europäischen Vereinigung für Menschen mit geistiger Behinderung eine erste Bestandsaufnahme von Kontakten zwischen west- und osteuropäischen Vereinigungen durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß zwar schon viele Beziehungen bestehen, der Bedarf an fachlicher Hilfe aber weiterhin sehr groß ist. Auch ist die Hilfe nicht gleich verteilt, da auf Grund der Berichte in den Medien ein Großteil nach Rumänien fließt, obwohl die Lebenssituation von Menschen mit geistiger Behinderung in anderen Ländern Ost- und Zentraleuropas nicht besser ist.

Unter den westeuropäischen Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung verfügt die Lebenshilfe über vergleichsweise viele Kontakte. Die Umfrage verdeutlichte jedoch ein großes Koordinationsdefizit und führte zum Aufbau einer Datenbank, in der Hilfskontakte zwischen Ost und West und die Adressen ost- und zentraleuropäischer Vereinigungen erfaßt werden. Die niederländische Elternvereinigung hat die notwendigen Ressourcen für dieses Projekt bereitgestellt.

Als weiteres Ergebnis dieser Umfrage beauftragte das Europäische Komitee der Internationalen Liga von Vereinigung für Menschen mit geistiger Behinderung (ILSMH) eine Arbeitsgruppe von je drei Fachleuten aus West- und Osteuropa mit der Erarbeitung von Leitlinien und Empfehlungen für Hilfskontakte zwischen den Mitgliedsverbänden. Unter maßgebender Beteiligung der Bundesvereinigung Lebenshilfe wurde ein Entwurf in englischer Sprache erstellt. Dieser wurde im Oktober 1992 während eines Treffens von Vertretern nahezu aller osteuropäischen Vereinigungen in Budapest diskutiert.

Das Papier benennt zunächst, ausgehend von einer kurzen Beschreibung der Lebenssituation von Menschen mit geistiger Behinderung in Ost- und Zentraleuropa und der Situation der dortigen Elternvereinigungen, grundlegende Bedürfnisse dieser Vereinigungen. Diesen werden die bekannten Ressourcen gegenübergestellt. Grundlegende Hinweise zur Gestaltung internationaler Zusammenarbeit im Behindertenbereich führen dann zu konkreten Empfehlungen an die Internationale Liga und ihre Mitgliedsvereinigungen bezüglich der Gestaltung von Kooperationsprojekten.

Der vorliegende Entwurf, der beim Fachgebiet Internationale Hilfen der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Postfach 80, 3550 Marburg 7, angefordert werden kann, wird der nächsten Versammlung des Europäischen Komitees der Internationalen Liga zur Verabschiedung vorgelegt.

Oldenburger Symposium "Behinderung und Dritte Welt", 27.-29. März

Zum sechsten Mal veranstaltet der Arbeitskreis "Behinderung und Dritte Welt" ein Symposium, das der Information, dem Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit dienen soll. Folgende Referate sind vorgesehen:

- "Der Golfkrieg - soziale und gesundheitliche Folgen" (Mustapha Ouertani)
- "Kinder im Krieg - Auswirkungen in Nicaragua" (Katrin Pförtner - angefragt)
- "Situation behinderter Kinder in Mosambik" (Sylvia Vespermann)
- "Problems of Rehabilitation and Reintegration of Mentally and Bodily Disabled People in Traditional Societies" (Elia Awwad - angefragt)
- "Sonderpädagogik in Jordanien" (Musa Al-Munaizel)
- "Das dialogische Prinzip nach Paulo Freire" (Peter Sehrbrock)
- "Projektive Verfahren" (Andreas Otto)

- "Situation behinderter Frauen/Frauenprojekte (NN)
- "The African Rehabilitation Institute and the Concept of African Self-reliance" (EFJ Chikoto - angefragt)
- "Selbsthilfegruppe in Kayes/Mali" (Mamadou Bá)
- "Behinderte im Kontext von Tradition und sozialem Umbruch in Kenia"(Claudia Guimbous)
- "Bericht über den Forschungsaufenthalt in Süd-/Mittelamerika" (Hans-Peter Schmidkte - angefragt)
- "Die Situation geistig behinderter Menschen und spezifische Versorgungsstrukturen in Argentinien" (Carlos Wernicke - angefragt)
- "Allgemeines und Sonderschulwesen in Brasilien" (Karl-Heinz Schäfer)

Kontaktadresse:

Die Organisation des Symposiums übernimmt die
 "Arbeitsstelle Behindertenarbeit und Dritte Welt"
 Universität Oldenburg
 Fachbereich 1/ EW 2
 Postfach 2503
 2900 Oldenburg

PRESSESPIEGEL

LITERATURHINWEISE

Newsletter des African Rehabilitation Institute, P.O. Box 4056, Harare, Zimbabwe. Veröffentlicht in Englisch und Französisch.

HOMME COMME TOI, Revue Internationale de l'Association des Centres pour Handicapes de l'Afrique Centrale (ACHAC), Secetaire General, P.B. 423 Kigali, Rwanda. Vierteljährliches Erscheinen in Französisch mit gelegentlichen Berichten in Englisch. Die April-Juni Ausgabe veröffentlichte Artikel über Orthopädie, psychiatrische Dienste in der Sahelzone und medizinische Dienste in Rwanda.

Gilberto Dimenstein: Krieg der Kinder; Kindermorde in Brasilien. 112 Seiten, Fotos, Paperback. DM 14,80. ISBN: 3-7615-4839-7

Das Buch dokumentiert anhand authentischer Berichte von Kindern, Sozialarbeitern, Eltern u.a. den Terror, dem die Straßenkinder ausgesetzt sind. Sie werden von Killerbanden, die von Geschäftsleuten zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung finanziert werden, systematisch verfolgt, gefoltert, ermordet. Die Gewalt nehme weiter zu, schreibt Dimenstein aus Anlaß der Veröffentlichung. "Aber wir sind dabei, nach und nach den Krieg gegen die Teilnahmslosigkeit zu gewinnen." Deshalb, so Dimenstein, freue er sich, jetzt auch die deutschsprachigen Leser erreichen zu können.

Walter Bachmann, Ursula Eckert und Karol Posnanski, (Hrsg.): Tradition und Trends der polnischen Sonderpädagogik - Beitrag zur europäischen Geschichte der Heilpädagogik. Gießener Dokumentationsreihe Heil- und Sonderpädagogik, Bd.12, 1991. ISBN 3-922 346 -25-1, DM 28,-
 Bestellungen nur über das "Institut für Heil- und Sonderpädagogik der Justus-Liebig-Universität (Pof. Dr. W. Bachmann), Karl-Glöckner-Str.21, 6300 Gießen.

Die Einzelbeiträge von weit über zwanzig Autoren geben zu erkennen, daß die polnische Spezialpädagogik nachhaltig und ganz entscheidend die Würde des behinderten und des von Behinderung bedrohten Kindes und Jugendlichen vertritt und damit - ungachtet aller Erschwernisse in einer schicksalhaften Verlaufsgeschichte - die Wahrung der Humanitas gewährleistet.
 Als weiterer Beitrag zu einer europäischen Geschichte der Heilpädagogik werden mit dieser Dokumentation der "Spezialpädagogik in Polen" nicht nur deren Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch Entwicklungstendenzen im Umriss sichtbar.

Wülser, Gertrud: Verstehen und Handeln in der Zusammenarbeit mit behinderten Personen in verschiedenen Kulturen. Edition SZH. Luzern: 1991.

Durch unsere weltweiten Beziehungen und unsere Zusammenarbeitsformen beeinflussen wir auch Erziehung, Schulung und Bildung, Wohl und Leid von Kindern und Erwachsenen in anderen Ländern.
Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Rahmen der Sonderpädagogik

weist Parallelen zu interkultureller Zusammenarbeit auf. Beides spielt sich in Umkreisen ab, deren Grenzen überwunden werden müssen, um aus dem, was jenseits ist, lernen zu können. Sonderpädagogik hat in diesem Sinn (-wie die Ethnologie-) grenzüberschreitende Perspektiven.
Völlig verschiedene Interpretationsmuster und Sinnhorizonte müssen gegenseitig vermittelt werden. Wer andere Menschen verstehen will, muß auch sich selbst erforschen. Wenn einseitig und ohne Übereinkommen untersucht, belehrt und bestimmt wird, kommt es in der Sonderpädagogik zur Kolonialisierung behinderter Menschen, sei dies in der eigenen oder in einer fremden Kultur. Das Buch befaßt sich anhand des Beispiels der Sehbehinderung in Westafrika mit einigen dieser spannenden Zusammenhänge.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.):
Informationsschrift zur Förderung Partnerschaftlicher Beziehungen zu Hochschulen in Entwicklungsländern, 2. überarbeitete Fassung, Bonn 1987

Diese Informationsschrift verfolgt den Zweck

- über die einschlägigen Förderungspolitiken und -instrumente zu informieren,
- einen Überblick über die partnerschaftlichen Beziehungen mit Hochschulen in Entwicklungsländern zu geben,
- Grundlage für eine intensivere Abstimmung unter den Förderungsinstitutionen mit dem Ziel eines möglichst effizienten Mitteleinsatzes zu sein."

Informiert wird über die Rolle der deutschen Hochschulen, der Bundesländer, des Bundesressorts und ausgewählter Institutionen (DFG, GTZ, DSE, politische Stiftungen, kirchliche Organisationen, DED, Stiftung Volkswagenwerk u.a.). Darüberhinaus enthält diese Informationsschrift eine zusammenfassende Darstellung über Aktivitäten auf dem Gebiet hochschulbezogener Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern.

Thomas Kegel: Das Behindertenwesen in der Volksrepublik China. Strukturaspekte und Entwicklungen. Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt am Main 1991

Kegel kennzeichnet die Volksrepublik China als ein von drei Gesichtspunkten aus zu charakterisierendes Gesellschaftssystem: vom Gesichtspunkt eines staatssozialistischen Herrschaftssystems, von dem eines Entwicklungslandes und von dem Gesichtspunkt einer auf alten Traditionen beruhenden Gesellschaft (Metakonfuzianismus).

Unter Einbezug dessen erfolgt zu Beginn ein kurzer Abriß über Kultur und Gesellschaft in der VR China, danach eine Darstellung der für das Behindertenwesen verantwortlichen Institutionen Familie, Danwei (Lebens- und Arbeitseinheit) und TransdanweiBereich (Staat/KP), wobei vor allem letzterer Bereich ausführlich beschrieben und diskutiert ist. Zum Schluß stellt der Autor exemplarisch einige Institutionen des chinesischen Behindertenwesens vor.

Dieser Band ist im Rahmen der vom Arbeitskreis "Sonderpädagogik Dritte Welt" an der Universität Frankfurt/Main neu herausgegebenen Reihe "Behinderte Welt" erschienen.

Frankfurter Rundschau, 24.12.1991

Hesperian Foundation Publications
P.O. Box 1692
Palo Alto, CA 94302
U.S.A.